

Erscheint wöchentlich einmal: Freitag. Anzeigen: Die 6 gefaltene Borgzettel 20 Pfennig. Im Abonnement oder bei Wiederholung entsprechend billiger. Schluss der Redaktion: Dienstag Mittag.

Die Stimme

Abonnement vierteljährlich 1.— Mark bei jedem Postamt und in der Expedition. Eingetragen in der Post-Zellungspreislifte. Redaktion und Expedition: Ulm a. Donau Neuhardstraße 14. Telefon 1442.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (H.-D.)

Hauptbüro: Berlin NO., Greifswalderstraße 221/22. — Fernruf: Amt Alexander 4720.

Alle Zuschriften für Redaktionen und Expeditionen sind zu richten an G. Bernholt, Ulm a. D., Neuhardstr. 14, Tel. 1442. — Geldsendungen an R. Schumacher, Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 221/22.

Nummer 23/24

Ulm a. Donau, den 14. Juni 1918.

29. Jahrgang

Inhalt: Auf zu einer planmäßigen Agitationsarbeit! — Die bisherigen Lehren des Weltkrieges für die grundsätzliche Stellung der Deutschen Gewerksvereine in der Arbeiterbewegung. — Kongress freier nationaler Arbeiter- und Angestellten-Verbände. — Ehrenliste. — Manuskripte Verfahren zum Wollern von Holzgegenständen. — Der Arbeitsmarkt im Juni 1918. — Aufsatz: — Wobensbau. — R u n d s c h a u: Ein Bericht unseres Gewerksvereins. — Der Delegiertentag des Gewerksvereins der Maschinenbauer und Metallarbeiter. — Deutsche Volkserziehung. — Aus den Ortsvereinen. Nürnberg. — Rheinisch-westfälischer Bezirk. — Zur dringenden Bedeutung! — An die Empfänger der „Stimme“. — Briefkasten. — Anzeigen.

lich, was und wo in der Agitation etwas geschehen kann und soll. Welcher Ortsverein will da gleichgültig und untätig bleiben, wo andere durch Fleiß und durch Ausdauer beweisen, daß auch jetzt noch — ja gerade jetzt noch — viel zu erreichen ist in der Agitation, wenn man nur ernstlich in dieselbe eintritt und mitarbeitet. Darum Kollegen in allen Orten, seid nicht lässig, tut überall was in euren Kräften steht, um neue Mitglieder unserem Gewerksverein zuzuführen. Tretet an die Unorganisierten heran, zeigt ihnen, was die Organisation auch für ihre Interessen tut und leistet, läßt sie auf ihre Ziele und Bestrebungen, über die Unterstüzungseinrichtungen unserer Organisation, haltet ihnen vor, wie sie sich selbst und die allgemeinen Arbeitereinstellungen schädigen, wenn sie noch länger tatenlos zusehen, ja velleit ohne Scham von den Früchten ernten, die andere, die organisierten Kollegen, für sie reifen lassen. Auch kein einziger Kollege soll sich vor dieser Pflicht scheuen drücken, wenn, ein jeder helfe mit, ein jeder bemühe sich um den Erfolg. Auf zu einer planmäßigen Agitationsarbeit! W.

Achtung vor den verschiedenen politischen Denkungsweisen und religiösen Glaubens. Daran erkennen wir die volle Berechtigung der bisherigen Haltung der Deutschen Gewerksvereine, die diese Freiheit des Denkens als eine Grundlage ihrer Organisation betrachten. Die sozialen Aufgaben der Arbeiter wachsen weit über den Rahmen des Unterstüzungswesens im wirtschaftlichen Kampf hinaus und haben die Gewerksvereine diese wichtige Frage sehr richtig eingeschätzt, als Werbemittel für nichtorganisierte Arbeiter und als Bindemittel für die Mitglieder. Die ganze Erfahrung der Kriegszeit drängt die deutsche Arbeiterbewegung immer bestimmter auf das rein wirtschaftliche und sozialpolitische Gebiet. Das hat eine fortschreitende Vermehrung des Zusammenarbeitens der verschiedenen Richtungen im Gefolge und zwar nach der Grundauffassung der Deutschen Gewerksvereine. Das erfüllt uns mit neuem Mut und neuer Energie fortzufahren am Bau der Gewerksvereine, in dem Bewußtsein, daß mit ihrer Erstarkung der Boden für eine einheitliche deutsche Arbeiterbewegung geebnet ist. Notwendig ist aber, daß sich alle Mitglieder ihrer Pflicht als Staatsbürger bewußt sind und in den politischen Parteien ihre Pflicht erfüllen.

Auf zu einer planmäßigen Agitationsarbeit!

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist in einem erfreulichen Aufschwung begriffen. Auch unsere Gewerksvereinsorganisation gewahrt eine schöne Zahl von neuen Mitgliedern. Doch das Erreichte darf uns nicht derart befriedigen, daß wir nun weniger tatkräftig versuchen zu agitieren. Im Gegenteil. Noch ist das Meer der Unorganisierten groß und steht hemmend weiteren Fortschritten in der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen entgegen. Hier muß eine Wanderung eintreten. Leider aber sind nicht alle Ortsvereine gleich rührig in der Gewinnung von neuen Mitgliedern. „Hier ist im Kriege in der Agitation nichts zu machen!“ so lautet der Einwand auf gemachte Vorstellungen, hinter dem sich aber meist nur Gleichgültigkeit verbirgt. Denn daß es oft nur eine faule Ausrede ist, beweist in vielen Fällen der Erfolg, den andere Organisationen im gleichen Ort in der Agitation erzielen. Kollegen, soll und kann das so bleiben? Nein. Auch wir müssen auf dem Posten sein, müssen sorgen für die Stärkung und Vergrößerung unseres Gewerksvereins. Es ist Pflicht von jedem einzelnen Mitglied unserer Organisation hierbei zu helfen. Jeder sehe an seinem Platz und erfülle was ihm obliegt.

Die bisherigen Lehren des Weltkrieges für die grundsätzliche Stellung der Deutschen Gewerksvereine in der Arbeiterbewegung.

Unsere Bruderorganisation, der Gewerksverein der Maschinenbauer und Metallarbeiter, der heute bei einem Gesamtvermögen von 3 274 538 Mark über 48 000 Mitglieder zählt und noch dazu 15 000 Mitglieder hat, die im Heeresdienst stehen, hielt in diesen Tagen seinen 17. Delegiertentag im Verbandshaus zu Berlin ab. Während in der Vorversammlung am 2. Kriegserntetage nur geschäftliche Sachen erledigt wurden, wurde die Hauptversammlung, die mehrere Tage dauerte, am Dienstag den 21. Mai eröffnet. Den ersten Vortrag hielt dann der Vorsitzende dieses Gewerksvereins Kollege Gleichauf-Berlin über das in der Ueberschrift genannte Thema. Er führte dabei u. a. aus:

Nachstehende Entschlieung gelangt zur Annahme: „Die Deutschen Gewerksvereine haben seit ihrer Gründung an den Gedanken festgehalten, daß die Arbeiterschaft ein gleichberechtigter Teil des Staatsganzen sei, daß sie volles Anrecht auf ihre Anerkennung im Staatswesen geltend machen kann und daß sie sich deshalb nicht als abseits stehender Teil des ganzen Volkes betrachten dürfe.“

Ebenso haben die Deutschen Gewerksvereine zuerst den Grundgedanke vertreten, daß auch zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmern volle Gleichberechtigung bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bestehen soll und daß zur Beilegung von Streitigkeiten ein gut ausgebautes Einigungsweesen vorhanden sein muß, beginnend mit obligatorischen Arbeiterausschüssen bis hinauf zu einem Reichseinigungsamt.

In den We r k s t ä t t e n ist die Agitation zwar in erster Linie Sache des Vertrauensmannes. Er muß neuertretende Kollegen nach der Organisationszugehörigkeit fragen, muß jeden unorganisierten Mitarbeiter im Betrieb immer wieder ermahnen, doch in unseren Gewerksverein einzutreten. Aufnahmefähigkeit muß er deshalb immer bei sich haben. Die anderen Kollegen in den Werkstätten müssen den Vertrauensmann nachdrücklich unterstützen, denn eigentlich muß jeder von uns ein Agitator unserer Sache sein. Ein kollegialisches Verhalten gegenüber den Nebkollegen ist dabei Voraussetzung für agitatorische Erfolge. Wer zuvorkommend im Umgang und hilfebereit bei Handlungen ist, wird eher das Vertrauen der Kollegen in der Werkstatt gewinnen, als ein anderer. Ja der Händlichkeit und Egoismus wird die anderen nur abstoßen. Dabei ist auch ein besonderes Augenmerk auf die J u g e n d l i c h e n und L e h r l i n g e zu richten. Der Jugend gehört die Zukunft und darum müssen wir auch diese zu gewinnen suchen. Die Werbung von Mitgliedern unter der Jugend dürfen wir nicht den anderen Organisationen allein überlassen.

50 Jahre sind nun die Deutschen Gewerksvereine ihren eigenen Weg gegangen. Er war nicht leicht, denn umbrannt von der sozialdemokratischen Sturmflut mit ihrer Massenaufrichtung, waren die Deutschen Gewerksvereine die einzigen Arbeiterorganisationen, die sich im scharfen Gegensatz zur Sozialdemokratie, auf den Boden des Staates stellte. Man mußte es, als ob sie sich nicht halten könnten, aber trotz der großen Zahl auf jener Seite, ihrem Gehalte und Verfolgung unserer Mitglieder, überstanden sie alle Verfolgungen, sie behaupteten sich in der Arbeiterbewegung.

Nachdem lange Jahre hindurch diese grundlegenden Forderungen der Deutschen Gewerksvereine von anderer Seite mehr oder weniger lebhaft bekämpft wurden, hat die Entwicklung der Verhältnisse, besonders in der Kriegszeit, dazu geführt, diese grundlegenden Forderungen einer fast allgemeinen Anerkennung entgegenzuführen. Das führt erneut zu der Erkenntnis, daß die Deutschen Gewerksvereine als eine wahrhaft freier nationaler Arbeiterorganisation, ihren Weg richtig erkannt haben und daß für sie keine Notwendigkeit vorliegt, eine Aenderung ihrer Auffassung in diesen Dingen vorzunehmen.

Dann wird eine gut vorbereitete Hausagitation sicher erfolgreich sein, ja sie sollte immer periodenmäßig vorgenommen werden. Hat man die Adressen von Unorganisierten gesammelt, sendet man ihnen einiges Aufklärungsmaterial über unsern Gewerksverein zu, um sie nach einigen Tagen darauf persönlich in der Wohnung zu besuchen, um in höflicher Form zum Beitritt einzuladen. Die Ortsvereine tun gut, stets die Agitationsvor schläge zu beachten, die auf S. 12-20 im Leitfaden für die Verwaltung im Gewerksverein angegeben sind. Wer das befolgt, wird sicher auch Erfolge haben.

Seute nach 50 Jahren kann man die Gründe klar erkennen; die Gewerkschaften waren ursprünglich eine Unterabteilung der sozialdemokratischen Partei und wurden nur sozialdemokratische Ansichten in den Gewerkschaften geduldet.

Der 17. Delegiertentag des Gewerksvereins der Deutschen Maschinenbauer- und Metallarbeiter erklärt daher, daß es Aufgabe aller einzelnen Glieder des Gewerksvereins ist, unentwegt an der Entwicklung der Förderung und dem Ausbau ihrer Organisation mitzuarbeiten. Erwartet aber auch, daß von den verantwortlichen Stellen im Reich, Staat und Gemeinde den berechtigten Forderungen in der bezeichneten Richtung die notwendige Geltung verschafft und daß die Gleichberechtigung der Arbeiterschaft, deren Leistungen während des Krieges dem Vaterlande unschätzbare Dienste geleistet haben, in die Tat umgesetzt wird.“

Jedes Mitglied muß darauf sehen, daß in seiner Werkstatt oder Betrieb, in seinem Ortsverein das Mögliche getan wird. Selber aber muß man dabei zeigen, was man zu leisten vermag. Auch in der Umgegend wäre vielleicht noch ein n e u e r O r t s v e r e i n zu bilden. Sicher hat der oder jener Kollege noch Verbindungen, die dabei wertvoll sind. Oft ist es schon von großem Nutzen, wenn man die Haupt- oder Bezirksleitung auf Betriebe und Orte hinweist, wo Agitationsversuche ausichts-voll erscheinen. Jeder Kollege, der hier helfen kann, es aber versäumt, schädigt die Entwicklung unseres Gewerksvereins. Auch die Einzelmitglieder können und sollten diese Mahnung dringend beachten. Denn wollen wir vorwärts kommen, dann muß überall eine planmäßige Agitationsarbeit einsetzten. In den Ortsvereinsversammlungen berate man ernst-

Für viele Arbeiter war dieses ein Gewissenszwang, dem sie, der Not gehorchend, sich fügten. Nur so ist es erklärlich, daß viele Arbeiter, die in den Werkstätten arbeiteten, wo sich Mehrheiten der freien Gewerkschaften befanden, diesen Verbänden beitreten mußten, um sofort, wenn sie eine andere Arbeitsstelle antraten, zum Gewerksverein zurückzukehren. So erzogen sei in den Herzen solcher Arbeiter der Widerwille gegen den geübten Gewissenszwang.

Kongress freier nationaler Arbeiter- und Angestellten-Verbände.

III. (Schluß.)

Das Ziel der Gewerksvereinsmitglieder war aber frei zu sein, frei auch außerhalb der wirtschaftlichen Berufsorganisation und haben wir 50 Jahre durchgehalten, dann dürfen wir auch ruhig der Zukunft vertrauen, die, auf größerer Freiheit im Innern Deutschlands fußend, den großen Wert der Freiheit in unserer Organisation zur vollen Geltung bringen wird.

Verhandlungsgegenstand des dritten Kongrestages war zunächst: „Das Wohnungswesen“. Hierüber sprach in großzügiger Weise der frühere Staatssekretär Dr. D e r n b u r g, wobei er folgende Leitätze begründete: 1. Für den Wiederaufbau und die Erhaltung der Volkskraft ist die gesunde Behausung aller Volksschichten, insbesondere der Minderbemittelten eine der Hauptforderungen.

Die Notwendigkeit des Unterstüzungswesens haben die Gewerksvereine klar erkannt und haben sie die Genugtuung, daß alle anderen Organisationseinrichtungen sich auf dem Boden der Gewerksvereine gestellt haben. Zu diesen beiden Grundlagen kommt als dritte die Auffassung von der Stellung der Arbeiterorganisationen gegenüber den Arbeitgebern. Es ist Aufgabe der Arbeiter und Arbeitgeber eines Berufes daran mitzuarbeiten, daß die Gesetzgebung, Handelsverträge, Zölle usw. gestaltet werden, daß der ganze Beruf bestehen kann.

2. Deshalb kann die Beschaffung der notwendigen Behausung nicht wie bisher dem freien Spiel der Kräfte, Angebot und Nachfrage, Bauunternehmern und Hausbesitzern allein überlassen werden. Die öffentliche Hand muß dauernd kontrollieren, Wohnungsherstellung und Wohnungsbenützung beobachten, und darf sich nicht scheuen, überall da durch Unterstüzung mit Geld, Kredit, Teilhaberschaft an Bauunternehmungen oder Eigenbau einzugreifen, wo durch normalen Zugang und Zuwachs der Bevölkerung das Erforderliche durch die Privatunternehmungen nicht geschieht. Bei einem außerordentlichen Zugang, z. B. durch Eröffnung neuer großer Betriebswerkstätten und dergleichen sind die Unternehmer zu ver-

Der ausgebrochene Krieg hat die Grundlagen erschüttert und wir haben uns die Frage vorzulegen, ob sich unsere Grundansparungen bewährt haben. Die freien Gewerkschaften haben sich auf ihre Staatszugehörigkeit besonnen und nähert wir uns dadurch mehr dem Gedanken besserer Verträglichkeit und gegenseitigem Verständnis. Der Krieg hat die wirtschaftliche Kraft des Volkes derartig geschwächt, das ein Zusammenarbeiten aller Arbeiter notwendig wird. Dieses erfordert aber zunächst gegenseitige

anlassen, in gemeinsamer Organisation bei der Herstellung der Wohnstätten für Arbeiter und Arbeiterinnen mitzuwirken. 3. Das gilt sowohl für normale Zeiten nach dem Krieg, als auch besonders für die Zeit unmittelbar nach Friedensschluss und nach dem Übergang, wo ein Notstand zu erwarten ist. Nach die Notstandmaßnahmen müssen möglichst so getroffen werden, daß durch sie gesunde Dauerwohnungen errichtet werden. Wo etwa ausnahmsweise Keller- und Dachwohnungen in Benutzung genommen werden müssen, ist die baldige Wärmung sicher zu stellen.

4. Hinsichtlich der Verteilung der Bevölkerung ist eine Dezentralisation der Geschäfte im Interesse der Volksgesundheit wünschenswert. Das Ideal bleibt das Einwohnungshaus in verkehrsreicher Gegend. Seine Grundbedingungen sind: billiger Boden und billige Verkehrsangelegenheiten. Es ist aber zweifelhaft, ob diese Wohnart in gewünschtem Umfang durchgeführt werden kann. Das Mehrfamilienhaus, ja das Großhaus, d. h. die Unternehmerrwohnungen, wird einen großen Teil der städtischen Bevölkerung dauernd aufnehmen müssen. Der Mietklausur auf tiefen Grundstücken mit mehreren Höfen ohne Querverlängung ist der Krieg zu erklären.

5. Es ist deshalb notwendig, daß der Bau von größeren Häusern auf rationaler Basis organisiert wird. Das gegenwärtige System der Herstellung von Massenmietshäusern, aufgeführt auf aufgetriebenen Bodenwerten, die belastet sind mit unwichtig kostbaren Straßen, durch kapitalstarke Bauunternehmer, mit durch die Risikoprämie übermäßig verteuerten Gebäuden. Auch bei der Herstellung von Quartieren für große Massen wird die rationelle Herstellung durch den Großbetrieb in Zukunft nicht umgangen werden können. Ebenso bedarf es auch eines Anreizes für das Kapital, sei es in der Form der 1. oder 2. Hypothek, sei es als Hausbesitzerkapital. Das Hypothekent Kapital steht zunächst auf Sicherheit, deshalb zuverlässige Schätzung, hinreichender Rechtschutz, vor allen Dingen nicht zu große Belastung durch fiskalische Abgaben und dergleichen im Falle von Substitutionen, Tilgungszwang zur Sicherung der zweiten Einschreibung. Dem soliden Hausbesitz muß eine angemessene Rente verbleiben, die eine mäßige Prämie für Mietausfälle und ein Verwaltungsentgelt einschließt. Hiernach sind die öffentlichen Steuern zu bemessen. Dagegen ist die Häuerrisikoprämie möglichst nicht zu begünstigen.

6. Dem Interesse des Hausbesitzes auf angemessene Verzinsung steht gegenüber das Interesse des Mieters auf angemessene Miete und das Interesse des Staates an der Volksgesundheit. Je billiger ein gesundes Bauwerk errichtet werden kann, desto leichter lassen sich diese drei Interessen vereinigen. Weinflucht wird der Preis des Bauwerks durch den Preis des Grund und Bodens. Künstlicher Auftrieb kann durch Bodenreform in der Hand der Gemeinde, durch entsprechenden Ausbau des Erbbaurechts entgegen gewirkt werden. Eine Verengerung der Straßenbaukosten bedeutet eine starke Ermäßigung des Baulandes, also beschleunigter Straßenausbau. Demnach haben Einflüsse auf den Preis des Bauwerks die Bauordnungen, die überall in Abstufungen nach dem Verwendungszweck der Größe und der Wohnungsdichte der Häuser festgelegt werden müssen. Uebertriebene Anforderungen müssen vermieden werden. Die Organisation der Kapitalien für den Hausbau ist eine lohnende Aufgabe der Gemeinden, die mit öffentlichen Fürsorgeanstalten und dem Privatkredit dabei Hand in Hand zu gehen haben. Weiter kann der Bau bewilligt werden durch eine rationelle Betriebsart, Herstellung des Hauses und der Einzelteile in großen Betrieben gegen bar unter Ausschluß der schwachen Hände. Auch die Löhne müssen beim Bau durch Ausbau des Tarifwesens auf eine sichere Basis gestellt werden.

7. Die öffentliche Hand hat dauernd dafür zu sorgen nicht nur, daß gesunde Häuser dauernden Wohnzwecken gewidmet werden, sondern daß sie auch einwandfrei bewohnt werden, sie muß sich um die Wohnungsnutzung ebenso wie um die Wohnungs-

pflege kümmern. Dazu müssen die Gemeinden Wohnungsämter, Wohnungsachtwaise, Hausratbeschaffungstellen unter Hinzuziehung der leistungsfähigen mittleren und kleinen Betriebe, einrichten, zuverlässige Wohnungsstatistiken in kurzem Zwischenraum annehmen, und eventuell durch Siedlungs-gesellschaften auf gemeinwirtschaftlicher Basis rechtzeitig eingreifen. Der Wohnungsbau in gemeinnütziger und nicht auf Erwerb gerichteter Form muß begünstigt werden, viel ver-breitete Anfänge bestehen.

8. Das Wohnungswesen des Reiches muß im Reich im Einvernehmen mit den Einzelstaaten zentralisiert werden. Mühen zur Zeit übermäßig teure Häuser hergestellt werden, so muß durch Zuzug aus der öffentlichen Hand der entstehende Preis für den Hauswerb so geregelt werden, daß eine über-mäßige Miete vermieden wird. Für die Zeit unmittelbar nach dem Kriege ist entsprechend der Reichstagsresolution vom 20. März 1918 zu verfahren.

9. Besondere Aufmerksamkeit ist der Ansiedelung der groß-städtischen Bevölkerung in stadtnahen Gebieten in Flachbauten mit Gartenland zu schenken. Unverzüglich dafür sind billige Tarife und schnelle Beförderung. Zu diesem Zwecke wird es nicht zu umgehen sein, daß die öffentlichen Verkehrsanstalten im Interesse der arbeitenden Bevölkerung sich für den Ver-kehr der Arbeiter und Schüler zu gewissen Tagesstunden und zu gewissen Orten privatrechtlicher Grundstücke entschließen und genau so Reich und Staat und Gemeinden durch direkte und indirekte Unterstützung des Wohnungswesens zum Siedlungswesen beitragen.

10. Das Wohnungswesen auf dieser Basis ist noch in den Anfängen, die gegenwärtigen Zustände sind überaus unbefriedigend. Eine glatte Lösung, besonders für die Behausung von Personen und Familien unternormalen Einkommens ist bis-her überhaupt noch kaum versucht. Besondere Schwierigkeiten macht die Unterbringung kinderreicher Familien, deren Wichtigkeit für den neuen Aufbau der Volkszahl besondere Auf-wendung rechtfertigt.

11. Es muß daher die Frage der Wohnungsreform bestän-dig die Öffentlichkeit beschäftigen, und es müssen alle Fakto-ren des staatlichen Lebens, Reich, Staat, Gemeinden, ebenso wie die privaten und die Selbsthilfe-Organisationen, öffent-liche Wohlfahrtsanstalten und Private dauernd zusammen-arbeiten. Dem Reich bleiben dabei die allgemeinen Gesichtspunkte, dem Staat die Durchführung der polizeilichen Maßnah-men, den Gemeinden und Selbstverwaltungskörpern die aus-

führende Hand in ihren Bezirken. Alle drei müssen sich an der Ausübung der notwendigen Mittel beteiligen, diese Mittel bestehen in Bauland und Baugeld.

Diese Ausführung geht am besten Hand in Hand mit den Organisationen der Selbsthilfe, der sozialen Versicherung und privatem Unternehmertum; nur so werden Zustände beseitigt werden können, deren Fortdauer zweifellos ein Krebsstadium an der Volksgesundheit gewesen ist und die bei den gegen-wärtigen Aufgaben der Zukunft zu Katastrophen führen können, die das wichtigste Attribut des gemeinen Volkes bedrohen, nämlich den sozialen Frieden.

Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage folgte eine sehr rege Aussprache, die mit der Annahme folgen-der Entschließung ihren Abschluß fand:

Der Kongress hält zur Regelung des Wohnungswesens gesetzgeberische Eingriffe des Reiches für unerlässlich. Ins-besondere muß das Reich erhebliche Geldmittel zur Verfü-gung stellen, um den Kleinwohnungsbau schnellstens und in dringlichster Weise für die Beschaffung von Baumate-rialien und Arbeitskräften gesorgt werden. Damit nach diesem gewaltigen Völkerringen nicht jene trostlosen Zu-stände wiederkehren, die in den 70er Jahren das soziale Leben Deutschlands so unheilvoll zerrüttet haben.

Der Kongress erwartet von den angeschlossenen Verbän-den, daß sie bei den notwendigerweise zur Erreichung die-ser Ziele den Gemeinden zufallenden Aufgaben ihre tat-kräftige Mitwirkung diesen nicht verweigern.

Der Kongress verwahrt aber nicht, daß wirklich gedeth-ligte Zustände auf dem Gebiet des Wohnungswesens erst dann eintreten können, wenn das Reich den vom gesamten deutschen Volke mit seinem Blute und seiner Arbeit ver-teidigten deutschen Boden durch ein deutsches Bodenrecht der Ausbeutung zu einseitigen Gewinnzwecken entzieht.

Der Kongress erklärt es für eine selbstverständliche Dom-estpflicht, den heimkehrenden Verteidigern des deutschen Bodens durch die öffentliche Hand Gelegenheit zur Erlan-dung einer eigenen Heimstätte zu geben.

Für die Frage: Arbeiter- und Wirtschaftspolitik waren drei Referenten vorgesehen. Ueber Arbeiterlöhne sprach unser Kollege Hauptvorsitzender M. Schumacher in Berlin; über Angestelltengehälter Generalsekretär Greger in Berlin und über Wirtschaftspolitik am Stelle des durch die Wahlrechtsverhandlungen behinderten Abg. Meyer Generalsekretär Kiebel. Den Referaten lagen entsprechende Vorschläge zugrunde:

Zu Arbeiter- und Angestelltengehältern.
1. Der Kongress freiwirtschaftlich-nationaler Arbeiter- und An-gestelltenverbände erklärt seine freudige Bereitwilligkeit an der Leistung erhöhter Arbeitstätigkeit zur Rettung und unun-terbrochenen Durchführung der durch das große Völkerringen gestellten Aufgaben nach wie vor mitzuwirken. Von diesem Gesichtspunkte aus lehnt er die Arbeitseinstellung während des Krieges als vaterlandsschädigend ab und wird diesem Grund-satz getreu auch weiter auf die hinter ihm stehenden Kreise ein-wirken.

Unter Betonung dieser vaterländischen Pflicht verlangt er aber von den Arbeitgebern, daß sie die Arbeiter und Ange-stellten an den ihnen zufließenden großen Gewinnen durch Bewilligung ausreichender der Teuerung gerecht werdender Lohn- und Gehaltszahlungen teilnehmen lassen. Wenn auch in einem Teil der Kriegsbetriebe Löhne und Gehälter mit Teuerungszulagen in aufsteigender Linie gezahlt werden, so leidet trotzdem die große Masse der Arbeiter und Angestellten ganz erheblich unter der gewaltigen Teuerung aller Lebens-mittel und Bedarfsartikel, namentlich da auch die erhöhten Löhne und Gehälter keineswegs einen gerechten Ausgleich ge-genüber der außergewöhnlichen Teuerung darstellen.

Es muß daher von der Arbeiterschaft erwartet werden, daß sie den berechtigten Forderungen der Arbeiter und Ange-stellten nach einer Erhöhung des Einkommens als eine na-



Ehrentafel

für die im Kriege gefallen oder an ihren Verwundungen erlegenen Holzarbeiter des Gewerkschafts der Holzarbeiter Deutschlands.

Auf dem Felde der Ehre gefallen.

Kollege **Quander**, Mitglied im Ortsverein Haynau, ist im Alter von 42 Jahren am 6. Mai in einem Feldlazarett gestorben.

Ehre seinem Andenken!

Ritter des Eisernen Kreuzes.

Kollege **Jakob Heil**, Mitglied im Ortsverein Kaiserslautern erhielt bei den letzten großen Kämpfen im Westen für tapferes Verhalten vor dem Feinde das Eiserne Kreuz 2. Klasse.



Mannigfache Verfahren zum Polieren von Holz-gegenständen.

Von Friedrich Huth, Architekt.

(Nachdruck verboten.)

ATK. Zahlreiche Erfinder haben sich mit der Aufgabe beschäfti-gt, den Holzflächen von Möbeln, Musikinstrumenten etc. eine gleichmäßige, fehlerfreie und dauerhafte Politur zu verleihen, also mannigfache Mängel zu vermeiden, die den gewöhnlichen Schellackpolituren eigenartig sind.

Nach einem Verfahren von Hilmar Bindewald in Fried-berg, Hessen, D.R.P. 170 059 wird auf die vollständig geglättete Holzfläche, deren Poren mit einem geeigneten Mittel gefüllt sind — am weitesten verbreitet ist das Schließen der Poren im Wege des Polierens mit Bimsstein, Ziegelmehl oder auch ge-färbtem Stärkemehl und schwacher Politur als Bindemittel — ein Ueberzug aufgetragen, der aus 2 Teilen gewaschen rühmlichen Leims, 2 Teilen Körnerfarbe und 5 Teilen Kollo-dium besteht. Die Mischung wird in der Reibschale fein ver-rieben, strichweise mit einem Haarpinsel aufgetragen, getrocknet und mit Wachs poliert. Der Kollodiumzusatz bewirkt, daß die Farbe leicht Wachs annimmt und so eine glänzende Oberfläche erreicht wird.

Nach einem patentierten Verfahren von Vincenz Lutter und Otto Pöler in Dresden (D.R.P. 153 956) kann die Hoch-glanzpolitur ohne besondere manuelle oder maschinelle Bear-beitung auf lackierten Möbeln usw. erzeugt werden, indem man diese während weniger Minuten in besonderen Behältern Spi-ritusdämpfen aussetzt. Das rohe Möbelstück wird zunächst in der üblichen Weise geölt, geölt und geschliffen, dann sauber mit Schwamm abgerieben, hierauf erfolgt die Lackierarbeit, nachdem man dem Lack etwas mehr Kopal oder Spiritus als gewöhnlich zusetzt hat. Die Lackierung muß gut trocknen und dann noch ein- bis zweimal wiederholt werden. Die letzte Politur wird nach dem Bimsstein abgedreht; dann werden die Holzflächen des Spiritusdampfes ausgesetzt. Die Entwid-lung der Hochglanzpolitur erfolgt in wenigen Minuten, und zwar in geschlossenen feuerfesten Behältern, in denen sich eine Flamme für den Spiritus und vertikal aufgestellte Röhren be-finden, die durch die Flamme mit Spiritus getränkt werden. Die Erfindung soll sich auf die Politur im Innern des Appa-rates mit und wirken auf die Holzflächen der in dem Appa-rat untergebrachten Möbelstücke etc. in der geschlossenen Weise.

Hermann und Richard Gunkel in Eisenach wurde ein Ver-fahren zum Polieren von Holz patentiert (D.R.P. 180 322), für welche eine aus einer Lösung von Quarz in Salmiakgeist be-stehende Grundbeize Verwendung findet. Auf jeden Liter Sal-miakgeist kommen 100 bis 200 Gramm Quarz. Diese Beize kann mit jeder beliebigen Farbe gemischt werden. Sie wirkt nicht deckend, hebt die natürliche Zeichnung des Holzes wirk-ungsvoll hervor, wirkt aber gleichzeitig porenfüllend, so daß man die zeitraubende Arbeit des Grundpolierens sparen kann. Trotzdem erhält man nach dem Lackieren eine glatte, glänzende Fläche, weil die Beize an der Oberfläche des Holzes eine feste, undurchdringliche Schicht bildet, so daß der Lack nicht ins Holz einzudringen vermag. Massenartikel, die man, um das Pol-lieren zu sparen, im Wege des Tauchverfahrens lackieren will, trinkt man zweckmäßig vor dem Lackieren zweimal mit Beize.

Ein Hauptfehler der meisten Porenfüller — d. h. pulveriger Substanzen, die in Öl, Terpentin, Spiritus etc. zu einem Brei angerührt werden — besteht darin, daß nur die Flüssig-keit in das Holz eindringt, während die ungelösten, eigentlich zum Füllen des Holzes bestimmten Teile nur in wirkliche Öff-nungen des Holzes, aber nicht in die dichte Masse eindringen, so daß die Füllteile an der Oberfläche liegen bleiben und beim Ab-schleifen wieder heruntergerieben werden. Diese Mängel sollen bei Behandlung von Furnieren und aus Furnieren her-gestellten Platten durch Anwendung des Samuel Horwiz in Berlin patentierten Verfahrens (D.R.P. 225 896) vermieden werden. Die vorgeklärte Holzfläche wird mit Albumin oder Kasein und Wasser bestrichen; zur Verarbeitung des Kaseins wird eines der üblichen Lösungsmittel angewandt. Diese Lö-sungen sind dünnflüssig und dringen in die dichte Masse des Holzes ein; doch findet, wie bei jeder Berührung des geschlif-fenen Holzes mit einer Flüssigkeit, eine Aufräuhung der Ober-fläche statt. Sobald die Holzplatten genügend getrocknet sind, gehen sie zwischen Walzen hindurch, die auf mehr als 100 Gr. Celsius erhitzt sind. Hierbei gerinnt das Eiweiß des Anstriches — die aufgetragene wasserfeste Beschicht wird hornhart und die Oberfläche vollkommen geglättet. Die nunmehr beim Pol-lieren aufgetragene Lack-, Harz- oder Schellacklösung kann nir-gends in das Holz eindringen; die Lackierung oder Politur fällt völlig gleichmäßig und tadellos aus.

Jakob Fidler in Elberfeld b. Darmstadt wurde ein Po-lierverfahren patentiert, das ein Abwischen der polierten Ge-genstände ermöglichen soll (D.R.P. 239 161). Die Grundierung besteht aus einem Gemisch von gelöstem Zelluloid, Mastix und

Kopal. Insbesondere eignet sich für das Grundieren eine Mi-schung von 1 Gewichtsteil in Äther gelöstem Zelluloid, 2 Ge-wichtsteilen in 96prozentigem Alkohol gelöstem Mastix und 2 Teilen in Alkohol gelöstem Mammillakopal. Die Grundierung des sauberen abgehobelten und mit der Fiehlung abgezogenen Holzes erfolgt mittelst Haarpinsel. Nach kurzer Zeit kann die Politur aufgebracht werden. Sie unterscheidet sich sehr wesent-lich von den sonst zum Polieren von Holzern verwendeten Stoffen — sie setzt sich zusammen aus einem harzartigen Grund-stoff, in der Hauptsache aus Mastix und Kopal, der in Alkohol gelöst und mit Oxalsäure versetzt wird. Als Farbstoff kann z. B. Sandarac verwendet werden. Auf die grundierte Fläche wird etwas Bimssteinpulver gestreut, dann die Politur mit dem Ballen aufgerieben, der zu Anfang einige Tropfen Weißöl erhält.

Manche Erfinder sind zu ihren Vorschlägen durch das so-genannte „amerikanische Polierverfahren“ angeregt worden, das mit unseren bekannten Schellack-Spirituspolituren nichts gemein hat. An die Stelle des Schellacks tritt bei der ameri-kanischen Politur ein feiner Kopalack, von dessen Güte und Dauerhaftigkeit der Erfolg der Arbeit im wesentlichen ab-hängt. Für das amerikanische Polierverfahren wird ein sil-berner Porenfüller verwendet, der das Auffaugen des ersten Lackanstriches verhindert, und so den später aufzutragenden Lackstrichen, die wiederholt mit feinen Schleifmitteln abgerie-ben werden, die erforderliche dicke und feste Grundlage verleiht.

Bei sämtlichen Polierverfahren ist das sorgfältige Schlei-fen der Holzflächen von größter Bedeutung. Es dient vor allem natürlich dem Zweck, den Untergrund zu glätten, bei Wahl geeigneter Schleifmittel aber zugleich zum Füllen der Poren. Tränkt man z. B. (gemäß Dr. Otto Lange: Chemisch-technische Vorschriften) das zu schleifende Holz mit Leinöl und schleift nachträglich mit Bimsstein, so wird eine glatte und zugleich porenfreie Holzoberfläche erzielt; in ähnlicher Weise kann man auch ein Gemenge von Leinöl, Bimssteinpulver und Talg ver-wenden. Im allgemeinen erzielt man durch die üblichen Schleifmittel stets matte Flächen; doch kann man bei der An-wendung feinsten Knochen- oder Hirschhornasche oder Sepia bei Gegenwart von Wasser durch Verreiben mit dem Handballen auf einer Lackstrich auch glänzende Schleifschichten erhalten; dieser Glanz tritt besonders hervor, wenn man nachträglich die Fläche mit etwas Baumöl verreibt.

tionale Pflicht ansehen und zum Zweck des Ausbaues der Tarifverträge für Arbeiter sowie Aufstellung von Mindestgehaltstafeln für die Privatangestellten im Unterhandlungen von Organisation zu Organisation eine gesunde Lohn- und Gehaltspolitik zu treiben bereit ist, welche die heutige Mißstimmung beseitigt und die für eine gedeihliche Fortentwicklung von Industrie und Handel notwendige Arbeitsfreudigkeit wieder herbeiführt.

2. Die nach Kriegsende eintretende Umstellung der Betriebe von der Kriegswirtschaft zur Friedenswirtschaft wird vielfach zu Störungen im Geschäftsgang und Entlassungen von Arbeitern und Angestellten führen. Durch die heimkehrenden Arbeiter wird die Zahl der arbeits- und stellenlosen Arbeiter und Angestellten noch vermehrt. Dadurch wird die Gefahr einer Rückgang der Löhne und Gehälter erhöht. Da aber ohne Zweifel die herrschende Teuerung nach dem Kriege weiter bestehen wird, erwächst die Gefahr schwerer Schädigung weiterer Kreise der Arbeiter und Angestellten. Im Interesse dieser und des allgemeinen Volkswohls fordert deshalb der Kongress durch ein etwaiger Abbau der während des Krieges gewährten Teuerungszulagen nur nach Berechnung mit den Arbeitern und Angestellten und ihren Organisationen eintreten darf. Die Rückgang des Einkommens der Arbeiter und Angestellten, lediglich begründet mit dem Aufhören der Kriegsgewinne, ist nicht angängig, wenn nicht auch eine Ermäßigung der Ausgaben für Lebensmittel und sonstige Bedarfsgegenstände zu verzeichnen ist.

Eine weitläufige Bevölkerungspolitik, die nach dem großen Menschenverlust in diesem Kriege eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung und aller öffentlichen Körperschaften sein muß, hat zur Voraussetzung eine gesunde Lohnpolitik. Ein leistungsfähiges und kräftiges Volk kann in einem Industriestaat nur vorhanden sein, wenn das Einkommen der Arbeiter und Angestellten in einem solchen Verhältnis zu den Ausgaben steht, daß eine ausreichende Ernährung und menschenwürdige Lebenshaltung möglich ist.

„Der Arbeiter hat ein Vaterland“, und er wird es umso mehr lieben, je gesünder seine Existenzbedingungen sind.

Zur Wirtschaftspolitik.

1. Die Wirtschaftspolitik im neuen Reich hat die Aufgabe, die Wirtschaftskraft des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit zu steigern und die Verteilung dieser Kraft auf die einzelnen Glieder derart zu beeinflussen, daß der Mittelstand erhalten und gestärkt wird.

2. Zur Steigerung der Wirtschaftskraft des Volkes in seiner Gesamtheit ist bei den künftigen Friedensschlüssen und späteren Handelsverträgen neben einem ausreichenden Schutze der Landwirtschaft die Versorgung Deutschlands mit den notwendigen Rohstoffen und die Wohlfühlmöglichkeit für seine gewerblichen Erzeugnisse auf dem Weltmarkt zu sichern.

3. Die grundsätzliche Wiederherstellung der Wirtschaftsfreiheit ist erforderlich, um die Wirtschaftskraft zur vollen Entfaltung zu bringen. Dieser Grundsatz muß jedoch insoweit und solange Einschränkungen erleiden, als es für die Sicherstellung einer genügenden Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit den Gegenständen des unentbehrlichen Lebensbedarfs notwendig ist.

4. Bei allen Maßnahmen der inneren Wirtschaftspolitik ist darauf Bedacht zu nehmen, daß der durch die fortschreitende Vereinigung großer Vermögen in verhältnismäßig wenig Händen verstärkten Gefahr der Verarmung weiter Schichten der Bevölkerung entgegenge wirkt wird. Das kann nur geschehen durch eine planmäßige Förderung des Mittelstandes. Hierbei ist in weitem Umfange der sog. „neue Mittelstand“ zu berücksichtigen, der heute nicht nur die Festbesoldeten umfaßt, sondern auch tief in die Kreise der Arbeiterschaft hineinreicht.

5. Der gerechten Verteilung der durch den Krieg und seine Folgen verursachten Kosten ist eine großzügige Neugestaltung des Steuerwesens in Reich, Staat und Gemeinde zu erstreben. Mit der bisherigen Uebung, die direkten Steuern nicht zur Deckung der Reichsbedürfnisse heranzuziehen, muß gebrochen werden, da die — als unermesslich anzuerkennende — Belastung der breiten Masse durch Verbrauchs- und Verbrauchssteuern und Monopole vor der Bevölkerung nur willig hingenommen werden kann, wenn gleichzeitig Besitz und Einkommen so stark herangezogen werden, wie es ohne Gefährdung der Kapitalbildung zwingend angängig ist.

6. Als Gegengewicht gegen die Verteuerung des Lebensbedarfs ist die kräftige Fortführung einer entschlossenen Sozialpolitik zu fordern.

Auch diese Vorträge fanden lebhaften Beifall und zeitigten eine längere Aussprache.

Dann wurde beschlossen, den Aufruf zu veröffentlichen, den wir an der Spitze der Nummer 19/20 brachten und ferner auch die Einsetzung eines engeren u. eines größeren Ausschusses. Dann konnte der Verbandsvorsitzende Stadtd. Hartmann den bedeutungsvollen Kongress schließen, indem er mit warmen Worten allen denen dankte, die zum guten Gelingen beigetragen und indem er der Hoffnung Ausdruck gab, daß die noch fernstehenden Verbände bald den Anschluß an den Kongress vollziehen mögen. So fand die Tagung ein gutes Ende. Auch wir wünschen, daß dieser Kongress seine vorerlebte Arbeit geleistet hat und er zur Stärkung und Sammlung der freiheitlich-nationalen Arbeiter- und Angestelltenbewegung Deutschlands wesentlich beiträgt. Wt.

Der Arbeitsmarkt im April 1918.

Im April 1918 sind keine merklichen Wandlungen in der Tätigkeit der deutschen Industrie gegenüber der Lage im März zu verzeichnen. Das Bild gegenüber den Vormonaten hat sich nicht wesentlich verändert. Nach wie vor ist die Leistungsfähigkeit der Industrie den an sie gestellten hohen Anforderungen gemessen. Die Beschäftigung hielt sich auch dem Vorjahr gegenüber annähernd auf derselben Höhe. Einige kriegswichtige Gewerbezweige konnten, durch Vergrößerung ihrer Anlagen und durch Verbesserung der Verkehrsverhältnisse unterstützt, ihre Umsätze noch erhöhen.

Nach den Feststellungen von 34 Fachverbänden, die für 1 162 815 Mitglieder berichten, betrug die Arbeitslosenquote Ende April 9,746 oder 0,8 v. H. Im März wurde von 36 Verbänden berichtet und eine Arbeitslosenquote von 0,9 v. H. festgestellt. Es bedeutet dies eine geringe Verbesserung gegenüber dem Vormonat. Im Vergleich zum April der 4 vorhergehenden Jahre ist die Arbeitslosenquote nicht unwesentlich gesun-



Aufruf!

Deutschland kämpft seinen schwersten Kampf; das Ringen drängt zum Ende. Tausende und Abertausende der Kämpfer in Heer und Flotte kehren zurück, die Glieder verstimmt, die Gesundheit erschüttert. Ihre Kraft dem deutschen Wirtschaftsleben zurückzugewinnen, ihre Zukunft zu sichern ist Dankeschuld der Heimat. Die Versorgung unserer Kriegsbeschädigten ist in erster Linie Aufgabe des Reiches und muß es bleiben. Das Reich kann und soll in Erfüllung seiner Pflicht keinesfalls durch eine allgemeine Sammlung entlastet werden. Aber auch durch weitestgehende gesetzliche Regelung der Rentenfragen kann nicht in jedem Falle geholfen werden, wie es unserem vaterländischen und sozialen Empfinden entspricht. Sie trägt notwendig etwas Schematisches an sich und ist in ihrer Starrheit außerstande, dem Bedürfnis und der Dringlichkeit jedes Einzelfalles gerecht zu werden. Es bleiben zahlreiche Fälle übrig, bei denen schnellstens geholfen werden muß, um bittere Not und Verzweiflung abzuwenden. Dies kann nur durch freiwillige Liebestätigkeit geschehen. Sie auszuüben sind die im Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge zusammengeschlossenen Organisationen berufen. Das gewaltige soziale Werk auszubauen ist das Ziel der

Allgemeinen deutschen Volksammlung für Kriegsbeschädigte (Ludendorff-Spende).

Darum gebt! Macht aus sorgenvollen Opfern des Krieges freiwillige Mitarbeiter an Deutschlands Zukunft! Ehret die Männer, die für uns kämpften und litten! Nur wenn alle zusammenstehen, wird das hohe Ziel erreicht.

Dieser Aufruf wird von allen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen und auch von den Arbeitgeberverbänden unterstützt. Für den Verband der deutschen Gewerksvereine ist er unterzeichnet vom Verbandsvorsitzenden Kolb. Gustav Hartmann. Die Sammlung soll in keiner Weise das Reich von seinen Verpflichtungen gegenüber den Kriegsbeschädigten entbinden, sondern soll ergänzend neben der reichsgerichtlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge treten. Die Gelder werden, bis auf einen kleinen Prozentsatz, in dem Landesteil wieder verwendet, in dem sie gesammelt sind, und sollen es ermöglichen, daß den einzelnen Kriegsbeschädigten je nach Lage des Falles besser geholfen werden kann. Darum mögen auch unsere Kollegen, soweit es noch nicht geschehen, in hervorragender Weise sich an dieser Volksspende beteiligen.



ten. Sie stand im April 1917 auf 1,0 und hatte 1915 2,0 v. H. betragen; auch in der Friedenszeit war die Arbeitslosigkeit wesentlich höher, nämlich 2,8 v. H.

Die Berichte aus den wichtigsten Zweigen der Holzindustrie lauten für den Monat April verschieden. In den Sägewerken war der Geschäftsgang ruhig, während die Fabrikanten wie im Vormonat gut zu tun hatten. In der Berliner Möbelindustrie scheint gegen den Vormonat eine Verschlechterung eingetreten zu sein. Der Verband Württembergischer Holzindustriellen dagegen meldet, daß es an Beschäftigung nicht gefehlt hat, da die Nachfrage nach sogenannten „Kriegermöbeln“ und auch nach anderen Möbeln wie im Vormonat ungebrochen blieb. Aus verschiedenen Teilen des Reiches wird Arbeitermangel gemeldet. Unter 100 082 Mitgliefern, für die von den Holzarbeiterverbänden berichtet wurde, waren 657 arbeitslos oder 0,7 v. H. gegenüber 0,7 im Vormonat und 0,8 im Vorjahre. Die Nachweisungen der an das Reichs-Arbeitsblatt berichtenden Arbeitsnachweise ergaben, daß auf 100 offene Stellen im Holzgewerbe an Arbeitsgesuchen entfielen:

	männliche		weibliche	
	1917	1918	1917	1918
im Februar	60	49	81	94
im März	57	44	106	73
im April	51	50	76	87

Die Berichte der einzelnen Arbeitsnachweisstellen in den verschiedenen Provinzen und Bundesstaaten weisen für die Holzindustrie gegen den Vormonat keine besonderen Veränderungen auf. Die Arbeitslosenziffern in unserm Gewerbeverein der Holzarbeiter war im April 0,9 statt 0,6 v. H. im März 1918.

Wochenbau.

Vom 14. Mai bis 9. Juni.

Die mit Spannung erwartete neue große Offensive unserer Truppen im Westen hat in den letzten Tagen des Monats Mai begonnen und stand im Vordergrund des allgemeinen Interesses. Während in Flandern und an der Lys auf dem Schlachtfeld an der Somme und an der Aisne sich die Artilleriekämpfe verschärften, entbrannte südlich von Laon die Schlacht am Chemin des Dames. Nach einer kurzen, aber gewaltigen Artillerievorbereitung stürmten die Truppen des deutschen Kronprinzen bereits im Morgengrauen des 27. Mai den Berggründen in seiner ganzen Ausdehnung, erzwangen zwischen Bazailles und Craonne den Übergang über die Aisne und drangen weiter östlich zwischen Corbeny und der Aisne in die englischen Linien ein. Der Stoß traf die feindliche Besatzung völlig überraschend und auch in den folgenden Tagen ging der Kampf erfolgreich weiter. Am 29. Mai wurde Soissons genommen. Unsere Truppen stehen jetzt wie 1914 wieder an der Marne. Heute liegen die Dinge anders als damals, was in diesen Tagen unseren Feinden deutlich zum Bewußtsein kommt. Die Reste der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz betrug in der Zeit vom 27. Mai bis 6. Juni nach den bisherigen Feststellungen mehr als 55 000 Gefangene, darunter 1500 Offiziere, mehr als 850 Geschütze und weit über 2000 Maschinengewehre. Auch die wirtschaftliche Bedeutung des eroberten Geländes ist nicht gering. Die deutschen Unterseebootsangriffe in den amerikanischen Gewässern beunruhigen Wilson und Genossen ebenfalls nicht wenig.

Am 23. Mai, dem dritten Jahrestag der italienischen Kriegserklärung, versuchten die Italiener einen starken Offensivstoß, der jedoch ohne besondere Wirkung blieb. Das

Kriegsglück wollte sich nicht zu ihren Gunsten wenden und so mußten sie sich in ihre Lage fügen, die sie auch jetzt wieder gewaltig ändern wollen.

Auch an der türkischen Front wurden mehrere Angriffe des Feindes abgelehnt. Im Hebräen liegen dabei die in die Fucht geschlagenen Rebellen viel Vieh in den Händen der Türken.

Wie sich die Dinge in Marokko entwickeln werden, bleibt abzuwarten.

Der 13. Mai brachte uns eine wichtige mitteleuropäische Kundgebung. Im deutschen Hauptquartier hatte sich der österreichische Kaiser Karl mit dem Minister des Auswärtigen Graf Burian, sowie dem Chef des Generalstabs von Arz und dem k. u. k. Botschafter in Berlin Prinz Hohenlohe eingefunden. Von deutscher Seite nahmen außer dem Kaiser an der Besprechung teil der Reichskanzler Graf v. Hertling, Staatssekretär v. Kühlmann, Generalfeldmarschall von Hindenburg, Generalquartiermeister v. Ludendorff und der kaiserliche Botschafter in Wien, Graf v. Wedel. Amtlich wurde dann mitgeteilt, daß eine eingehende Erörterung aller grundlegenden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Fragen stattfand, die das gegenwärtige und künftige Verhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn betreffen. Hierbei ergab sich ein volles Einvernehmen in all diesen Fragen und der Entschluß, das bestehende Bundesverhältnis auszubauen und zu vertiefen. Der neue Waffen- und Wirtschaftsband soll jedoch keinerlei Angriffscharakter haben und es ist zu hoffen, daß Bulgarien und die Türkei sich diesen weiteren Abmachungen anschließen und damit wäre der Block Mitteleuropa, der Block der Zentralmächte gegeben.

In Oesterreich-Ungarn geht durch die Reihen der Deutschen eine Welle der Erregung, besonders veranlaßt durch die Haltung der Tschechen und slowakischen Volkstreife. Auf einem deutschen Volkstag in Graz leisteten Tausende von Deutschen mit erhobenen Händen und Herzen folgenden Schwur: „Wir schwören bei dem Andenken an unsere gefallenen Söhne und Brüder, bei allem, was uns heilig ist, keinen Zoll deutschen Boden, keinen Zoll deutschen Rechts in der Ostmark preiszugeben, treu und unverbrüchlich festzuhalten an dem Bündnis mit den Brüdern im Reich, komme, was da wolle; denn hoch und heilig über allen anderen Pflichten steht uns die Pflicht der Treue gegen unser eigenes Volk. So wollen wir es in Zukunft halten, so wahr uns Gott helfe!“ Das hochverräterische Verhalten der Tschechen hat eine große Verbitterung hervorgerufen und viele auch von unseren deutschen Volksgenossen mußten großen Hunger leiden, weil die tschechischen Agrarier Lebensmittel nicht lieferten. In Böhmen sollen infolge von Unterernährung im Jahre 1917 an Hungerwasserlucht 22 842 Personen erkrankt und 1028 davon gestorben sein. Auf Deutsch-Böhmen kommen von dieser Gesamtsumme 19 651 Krankheits- und 1026 Todesfälle. Das sind Zustände, die zwingen, daß die Regierung eine größere Energie gegen solche Volksschädigung entwidet. Bessere Zusicherungen hat man ja nun den Deutschen Oesterreich-Ungarns gegeben, aber die Tat selbst ist entscheidend.

Die neue Regierung in der Ukraine veröffentlichte eine Erklärung, in der sie als ihr Ziel die Verwirklichung einer unabhängigen und freien Ukraine in historisch-ukrainischer Form bezeichnet. Sie diene nicht den Interessen des Großgrundbesitzes, sondern sie erstrebe ein starkes Bauerntum. Im Gegensatz zu den Bolschewikis wolle sie das landwirtschaftliche Eigentum nicht aufheben, sie will aber eine zielbewusste Bodenreform einleiten, indem der Staat gegenüber dem Privatbesitz das Eigentumsrecht erhalten soll um den nötigen Raum für die Ansiedelungen derjenigen zu gewinnen, die hungrig nach Land sind. Wir können nur wünschen, daß bald geordnete Zustände in der Ukraine eintreten.

Die Erklärungen der ethnischen und litauischen Ritter- schaft über die Unabhängigkeit Estlands und Livlands und ihre Loslösung von Rußland hat den Vertreter der russischen Sowjetregierung in Berlin Joffe veranlaßt, eine Protestnote dem Auswärtigen Amt einzureichen, weil er diese Erklärung nicht als eine Willenskundgebung des ganzen Volkes betrachten könne, ähnliches veröffentlichte eine Kommission dieses Landes von Kopenhagen aus. Die russische Regierung hat der deutschen den Vorschlag gemacht, zur Klärung wichtiger, im Friedensvertrag von Brest-Litowsk offen- gebliebener Fragen zu neuen Verhandlungen in Moskau zusammenzutreten. Die Lage im Kaukasus und in der Krim, die Lostrennung von Estland und Livland, Kriegsgefangenen- und wirtschaftliche Fragen sollen zur Beratung stehen. Hoffentlich gelingt es, alles so zu regeln, daß der Krieg im Osten endlich zum Sterben und der Frieden zum Leben kommen kann. Dabei erfährt man, daß Lenin im Auftrage der Sowjetrepublik 12 Jahresschichten neu mobilisieren wolle zur Niederschaltung der Gegenrevolution, die mit Unterstützung der Entente von den Kadetten und anderen Unzufriedenen ins Werk gesetzt werde.

Der Friedensvertrag Oesterreichs mit Finnland ist nun auch unterzeichnet und der deutsch- finnische Vertrag endgültig im finnischen Landtag angenommen.

In Frankreich sieht man mit Besorgnis dem weiteren Gang der deutschen Offensive entgegen und England hat auch nicht wenig Sorgen sowohl an der Front wie im Innern des Landes. Die engl. Verluste im Monat Mai an Gefallenen, Verwundeten und Gefangenen belaufen sich nach engl. Berichten auf 7695 Offiziere und 154 939 Mann. Die englische Flotte gibt als Einbuße für die gleiche Zeit 64 Offiziere mit 339 Mann an. Das ist weit weniger als die englische Schiffsab- kommen verlangt, daß Schweden der Entente zu seinen bereits früher abgetretenen 100 000 Tonnen weitere 300 000 Tonnen Schiffsraum zur Verfügung stellt. Dafür wird Schweden eine Menge Getreide zugesichert, aber wie es diese befördern soll, wird keine schwere Aufgabe sein.

Das gleiche Wahleresult in Preußen ist nun auch in dritter Lesung abgelehnt worden, und zwar mit 236 gegen 185 Stimmen. Wir hätten es lieber gesehen, wenn die Regierung mit der Auflösung gleich beantwortet hätte, statt dessen gab sie eine Erklärung ab, daß sie die Vorlage vor das Herrenhaus bringen wolle und versicherte, daß wenn dieses dem geordneter Gang der Gesetzgebung entsprechend Verfahren entgegen der Erwartung der Staatsregierung nicht innerhalb angemessener Frist zur Annahme des gleichen Wahlrechts führen sollte, die Auflösung des Landtages erfolgen würde zu einem Zeitpunkt, der nach parlamentarischen Ermessen der Staatsregierung mit der Kriegslage verträglich ist. Jetzt wird am 12.

Juni noch eine vierte Abstimmung erfolgen, auf die man aber keine Hoffnung zu setzen braucht. Daß dieses alles in eine Zeit fällt, wo die Herabsetzung der Proportionen und die Belastung des Volkes mit neuen Steuern unvermeidlich ist, ist nicht ohne Einfluß auf die Stimmung des Volkes geblieben. Dabei wurde die Hundertjahrfeier der bayerischen Verfassung am 26. Mai in ganz Bayern festlich begangen. Wenn auch noch nicht alles verwirklicht ist, was die Verfassungsurkunde Maximilian Josef dem Volke versprach, so ist doch ein Wahlrecht wie in Preußen in süddeutschen Staaten nicht zu finden. Jetzt hört man neben einem Steuerkompromiß auch von einem Wahlkompromiß.

Am 25. Mai starb in Berlin der Präsident des Deutschen Reichstages Dr. Johannes Kämpf im Alter von 75 Jahren. Der Verstorbene war ein Mann von alter liberaler Tradition und ein warmer Freund unserer Gewervereinsbewegung, der sich besonderer Hochachtung und Verehrung erfreute, weit über den Kreis der Fortschrittlichen Volkspartei der er angehörte, hinaus. Als sein Nachfolger wurde der Zentrumsabgeordnete Fehrenbach gewählt und zwar mit 270 von 280 abgegebenen Stimmen. In einer Wahlhandlung wurde der Abg. Dove (Fortschr. Volkspartei) mit 262, Abg. Scheidemann (Soz.) mit 194 und Abg. Dr. Passche (Nationalliberal) mit 187 Stimmen zu Vizepräsidenten gewählt.

Der Arbeitskammerauschuß des Reichstags nahm mit 15 gegen 13 Stimmen einen Antrag an, der die zu errichtenden Arbeitskammern im Sinne der Eingabe der Arbeiterorganisationen statt auf sachlicher Grundlage auf örtlicher (territorialer) Grundlage aufbaut. W.

Rundschau.

Ein Veteran unseres Gewervereins.

Unser Mitglied Albert Beutler im Ortsverein Eberfeld-Barmen feierte am 21. Mai seinen 80. Geburtstag. Von allen Seiten wurden ihm Glückwünsche und Anerkennungskarten zuteil. Geistig und körperlich in voller Frische steht dieser Veteran der Arbeit da. Er ist jedoch nicht bloß ein Veteran der Arbeit, sondern auch unseres Gewervereins, dem er im September dieses Jahres 50 Jahre als Mitglied angehört. Wie weit noch das Interesse dieses wackeren Kämpfers geht, zeigt ein Brief, den er anlässlich eines Glückwunschschriftchens an den Hauptvorstand richtet. Dort schreibt er unter anderem: „Mein höchster Wunsch ist, unser goldenes Jubiläumstag mitfeiern zu können. Er beklagt sich dann über die Laubbild einzelner Kollegen, um dann am Schluß in humorvoller Weise zu schreiben: Sollte zum Abmarsch gelassen werden, als Kriegsveteran und Arbeitsveteran bin ich zu jeder Zeit bereit, die große Reize anzutreten, aber den Mut will ich nicht verlieren, und mit froher Zuversicht der kommenden Zeit entgegen sehen.“ Mögen die Wünsche dieses tapferen Kämpfers in Erfüllung gehen, und möge sich manch Mißmutiger hieran ein Beispiel nehmen.

Der Delegiertentag des Gewervereins der Maschinenbauer und Metallarbeiter

In der Pfingstwoche faßte nach eingehender Beratung u. a. auch den Beschluß, den Gewerverein in Zukunft „Gewerverein der deutschen Metallarbeiter (H. D.)“ zu benennen. Der Name des Organs „Der Regulator“ soll bleiben, als Redakteur wurde der Verbandskollege Anton Erlenz gewählt, der nach Kriegsende sein Amt antritt.

Gewervereinssekretär Traber (Berlin) referierte über die zukünftige Agitation und den Ausbau des Agitationsapparats. Seine Ausführungen gipfelten in dem Grundsatz, daß die Agitation in eine werbende und erhaltende festgelegt wird. Die Tätigkeit aller Mitglieder muß in dem Gedanken gipfeln, neue Mitglieder zu werben und diese durch eingehende Schulung und Einprägung der Gewervereinsgrundsätze zu tatkräftigen Mitgliedern zu erziehen.

Weiter wird beschlossen, an Orten, wo mindestens 350 Mitglieder vorhanden sind, muß die Anstellung von Geschäftsführern erfolgen. Die Hauptkasse gewährt einen Zuschuß von 200 Mark pro Monat. Alle anderen Ausgaben sind durch Beiträge zu tragen.

Besonders betont wurde aber die parlamentarische Vertretung der Gewervereine, und die Ortsvereine sollen mehr als bisher zur Stärkung des parlamentarischen Fonds aufgefordert werden. Eine von den Teilnehmern der Tagung veranstaltete Sammlung konnte sofort dem Verbandskassierer überwiesen werden.

Deutsche Volkerversicherung.

Die gemeinnützige Aktiengesellschaft „Deutsche Volkerversicherung“ hat seine Geschäftsräume von Berlin W. 57, Bülowstraße 90, nach Berlin-Friedenau, Hähnlestr. 15a, verlegt. Die Fernsprechverbindung ist Berlin Amt 17land 7293 und 7294, die Telegrammadresse heißt wie bisher: Gemeinwohl.

Aus den Ortsvereinen.

Nürnberg. Der Fränkische Bezirksverband der deutschen Gewervereine (H. D.) hielt vorletzten Sonntag in Erlangen im Restaurant „zum Prinzregent“ bei Vertretung aller fränkischen Ortsvereine eine Tagung ab, die einen äußerst günstigen Verlauf nahm. Die mit einer sinnreichen Ansprache seitens des Vorsitzenden Käser-Nürnberg eingeleitete Versammlung nahm zunächst einen Vortrag des Arbeitersekretärs Winter-Nürnberg über besondere „Arbeiterfragen während und nach dem Kriege“ entgegen, worauf Sekretär Schnitzler-Nürnberg über „Soziale Fragen“ referierte. Beide Vorträge wurden beifällig aufgenommen und zeitigten folgende Beschlüsse zwecks Weiterleitung an die zuständigen Behörden: 1. Mit Rücksicht auf die erhebliche Entwertung des Geldes und der Tatsache, daß die z. Zt. bestehenden Ortslöhne sowie die Jahreslöhne der land und forstwirtschaftlichen Arbeiter noch auf Festsetzungen des Jahres 1913 beruhen, soll seitens der zuständigen Stellen mit tunlichster Beschleunigung eine Neu Festsetzung der Orts- und Jahreslöhne vollzogen werden, da keine Aussicht besteht, daß die Kosten des Lebensunterhaltes auf den früheren Stand zurückzuführen. 2. Da

der bisherige Verlauf des großen Krieges gezeigt, daß die Existenz und Zukunft des deutschen Volkes von der Gesundheit und Kraft seiner Bewohner abhängt, ist die soziale Gesetzgebung auf allen Gebieten energisch zu fördern. Einen weiteren Ausbau der Invaliditäts- und Krankenversicherung betrachten die Versammlung als besonders dringend, da beiden Trägern die Aufgabe mit zufällt, einen ansehnlichen Teil der Schäden, welche der Volksgesundheit durch den Krieg zugefügt wurden, zu heilen. 3. In Maßnahmen gegen die Wohnungsnot erging Beschluß dahin, das stellvertretende Generalkommando zu ersuchen, die Hinfälligkeit der Wohnungsfürsorge für die Stadt Nürnberg erlassenen Anordnungen mit Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse auf sämtliche Gemeinden des Regierungsbezirks auszudehnen, in welchem ein gemeindliches Mietlingsamt besteht.

Rheinisch-Westfälischer Bezirk.

Den Ortsvereinen zum Kenntnis, daß ich die Geschäfte für den Bezirk wieder übernommen habe. Ich bitte daher die Vorstände, in Zukunft sich wieder in allen Fragen an meine Adresse zu wenden. Auch bitte ich das Vertrauen, daß durch gemeinsame, intensive Arbeit in unserem Ortsverein wieder ein reges, geselliges Leben eintritt. Ich bitte daher alle Kollegen, mich in meiner Arbeit zu unterstützen, sowohl im Interesse ihrer selbst, sowie unseres Gewervereins.

H. Daum, Bezirksleiter, Duisburg, Kaiserstraße 41, Telefon 1802.

Zur dringenden Beachtung!

Während der Abwesenheit haben bestimmte Rechte und Pflichten der Mitglieder. Kollegen aber, die aus irgend einem Grunde vom Militär entlassen, zur Rückkehr über längere Zeit freigeblieben sind, haben sich nach § 7 Ziff. 4 der Satzung innerhalb 4 Wochen beim Gewerverein wieder anzumelden, wenn sie ihre alten Mitgliederrechte nicht verlieren wollen. Wir ersuchen die Vereinsvorstände, diese Kollegen dringend zu ermahnen, und auf diese Bestimmung hinzuweisen, damit keinem Kollegen wohlverworbene Rechte durch Nachlässigkeit verloren gehen.

An die Empfänger der „Eiche“.

Die Postbesteller werden gebeten, sich beim Ausbleiben oder bei verspäteter Lieferung einer Nummer stets nur an den Briefträger oder die zuständige Postanstalt zu wenden. Erst wenn Nachlieferung und Aufklärung nicht in angemessener Frist erfolgen, wende man sich unter Angabe der bereits unternommenen Schritte an unseren Verlag.

Briefkasten.

H. R. Es sollte doch beachtet werden, daß Briefe von 20 bis 250 Gramm nicht 30 Pfg., sondern nur 25 Pfg. kosten.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnnummer ist der 24. Wochenbeitrag für das Jahr 1918 fällig.

Anzeigen.

Für den Inserententeil ist die Redaktion den Lesern gegenüber nicht verantwortlich.

Der Gewerverein der Holzarbeiter Deutschlands

bezweckt den Schutz und die Förderung der Rechte und Interessen seiner Mitglieder auf dem gesetzlichen Wege der freien Berufsorganisation. Namentlich erstrebt er die fortschreitende Verbesserung der Arbeitsverhältnisse insbesondere des Lohnes und der Arbeitszeit, wirksamen Schutz für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit, Fürsorge für alle Notlagen des Arbeiterlebens und angemessene Vertretung gegenüber dem Unternehmertum und dem Staat.

Für den Beitrag von 50 Pf. pro Woche wird gewährt:

1. Rechtschutz in gewerblichen Klagenfällen, auch freier Vertretung vor Gericht.
2. Freie, Ausbesserungs- und Maßregelungsunterstützung bis 18 M. pro Woche, je nach der Dauer der Mitgliedschaft.
3. Arbeitslosen-Unterstützung in der Höhe von 6 bis 12 M. pro Woche je nach der Dauer der Mitgliedschaft Höchstsumme 120 M. im Jahre.
4. Wander- und Reiseunterstützung von 24 Pf. pro km bis 1000 km.
5. Ueberziehungsbeihilfe von 10 bis 50 M. je nach Dauer der Mitgliedschaft. Außerdem für die Frau und jedes Kind von 10 bis 14 Jahren 2 Pfg., und für jedes Kind von 4 bis 10 Jahren 1 Pfg. pro km.
6. Eine Begräbnisbeihilfe von 28 M. freigez. 50 M.
7. Kostenlose Vertretung in Invaliden-, Hinterbliebenen- und Unfallfällen, selbst vor dem Reichsversicherungsamt in Berlin.
8. Die Gewervereinszeitung „Die Eiche“ erhalten die Mitglieder unentgeltlich. Ebenso steht ihnen die Benutzung der Ortsvereinsbibliothek frei.
9. Hilfe in besonderen Notfällen durch die Ortsvereine.
10. Unterstützung in Krankheits- und Sterbefällen nach beiderseitiger Beitragsleistung.

Diese Unterstützungen werden nicht gegenseitig aufgerechnet. Werbliche Mitglieder, sowie Lehrlinge und jugendliche Arbeiter bis zu 17 Jahren zahlen nur 25 Pf. Beitrag pro Woche, wofür sie die Hälfte der vorgenannten Unterstützungen erhalten.

Der Gewerverein ist vorkreislich unabhängig und selbstständig.

Kollegen und Kolleginnen!

Wer im Leben vorwärts kommen will, muß organisiert sein. Wer zuhause will, die Arbeiterlage zu verbessern, der wende sich nach und trete dem Gewerverein bei.

Der Sitz des Gewervereins ist in Berlin N.O. 5, Greifswaldstraße 21/22.

Zuschuß-Kranken-Unterstützungs- und Begräbniskasse

des Gewervereins der Holzarbeiter Deutschlands

Jedes Gewervereinsmitglied kann aufgenommen werden.

In der I Stufe bis zu 55 Jahren ohne ärztl. Untersuchung

II	50	„	„	„
III	45	„	„	„
IV u. V	45	„	mit	„

Der Wochenbeitrag beträgt in

Stufe I	10 Pfg.
II	21
III	33
IV	45
V	57

Das Krankengeld beträgt in

Stufe I pro Tag	— 50 M.
II	— 80
III	— 1.25
IV	— 1.70
V	— 2.15

Außerdem wird ein Begräbnisgeld in den einzelnen Stufen gezahlt von

M. 20.—
35.—
55.—
75.—
95.—

Die Kasse untersteht dem Kaiserlichen Aufsichtsamt für Privatversicherung. Der Reservefonds hat die gesetzliche Höhe bedeutend überschritten und ist deshalb der Beitritt allen Kollegen und Kolleginnen zu empfehlen.

Kollegen werbet Mitglieder für unsern Gewerverein!

Erfinderrecht

Handbuch, 290 Seiten, in Leinen gebd. 5.— Mark.

Es enthält die Patent-, Muster-, und Warenzeichen-Gesetze, bezügliche Bestimmungen, alle Bekanntmachungen und Verordnungen des Patentamts, die Einteilung der Warenklassen usw. usw.

Prospekt kostenfrei.

Friedrich Nuth's Verlag, Charlottenburg 4,
Kaiser Friedrich-Straße 53.

Fachlehrbücher 1. Ranges; mit vielen Abbildungen

Die Tischlerwerkstatt M. 7.25, Die Tischlerlehre M. 14.—, Der Drechsler M. 18.—, Moderne Bauhilfsarbeiten I. M. 10.50, II. M. 10.—, Die moderne Bauhilfslehre I. M. 18.—, Der Dorfschreiner I. M. 10.—, II. M. 10.—, Der Modeltschreiner M. 8.—, Bau von Holztreppen M. 10.50, Dekorativer Holzbau M. 12.—, Der Modellbauer M. 13.—, Einfache moderne Möbel M. 10.—, Das Parkett M. 13.—, Die Bau- u. Kuppelträger M. 10.—, Der Drechsler M. 16.—, Der Holzbohrer M. 5.—, Der Schnittholzbohrer M. 2.70, Der Bohrerbohrer M. 2.—, Der Handwerker als Kaufmann M. 7.25 per Nachnahme. L. Schwarz & Co., Verlag, Berlin S. 14, Dresdenerstraße 80.

Sut- und Mantelbuchen

in größ. u. kl. Posten abzugeben.

Rhenania, Metallgießerei Solingen.

Posten (Ortsverband) gewährt durchreisenden, arbeitslosen Kollegen 75 Pfg. Unterstützung; zu erhalten ist dieselbe bei den Ortsvereinskassieren und bei Desb.-Kass. Mänker, Wallfische 28.

Abteil. Durchreisende erhalten in der Herberge „Zur Heimat“ freies Nachtquartier und Frühstück. Kosten sind beim Kollegen Bek. d. Solinger Kohlenhandlung, Zwingerstraße, zu entnehmen.

Spezial-Liste (Ortsverband)

Durchreisende Gewervereinskollegen erhalten zum Monatsbeitrag von 75 Pfg. beim Ortsverband „Zur Heimat“ 5. Schiefert in Spezial-Liste, Zwingerstraße 18. Arbeitslosen und arbeitslos.